

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Staatspolitische Kommission  
CH-3003 Bern

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)  
[spk.cip@pd.admin.ch](mailto:spk.cip@pd.admin.ch)

An die

- politischen Parteien
- Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
- Dachverbände der Wirtschaft
- die interessierten Kreise

3. September 2007

### **06.458 Parlamentarische Initiative. Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat am 28. Juni 2007 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Frist für die Vernehmlassung endet am **30. November 2007**.

Mit der Vorlage sollen die Bestimmungen in der Verfassung betreffend die allgemeine Volksinitiative gestrichen und die Einführung dieses Instruments somit rückgängig gemacht werden.

In der Beilage erhalten Sie den für den entsprechenden Erlass der Bundesversammlung mit einem erläuternden Bericht. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlage können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.

Wir bitten Sie höflich, Ihre Stellungnahme bis zum genannten Zeitpunkt an folgende Adresse zu richten: **Bundesamt für Justiz, Frau Cornelia Perler, Bundesrain 20, 3003 Bern** (Tel. 031 322 47 44, Fax 031 322 84 01, E-Mail [cornelia.perler@bj.admin.ch](mailto:cornelia.perler@bj.admin.ch)).

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Gross, Kommissionspräsident



Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht (d,f,i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d,f,i)